

AMNESTY INTERNATIONAL

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

30. April 2016

AI-Index: MDE 13/6147/2017

Iran: Lasst die inhaftierten Gewerkschaftler frei und stärkt die Rechte der Arbeiter!

Viele Gewerkschaftler sind in Haft. Sie wurden bis zu 10 Jahren Haft verurteilt, nur wegen ihres friedlichen Eintretens für die Arbeiterrechte, sagte heute am Vorabend des Tages der Arbeit Amnesty International.

Die Organisation forderte wiederum von den iranischen Behörden, die wegen ihres friedlichen Eintretens für die Arbeiterrechte Verurteilten unverzüglich und bedingungslos freizulassen und die Urteile derjenigen aufzuheben, die aus ähnlichen Gründen verhaftet wurden. Die Behörden müssen ihre ungesetzlichen und repressiven Maßnahmen gegen unabhängige Gewerkschaften beenden und den Gewerkschaftlern ihre friedlichen Versammlungen erlauben, auch am Internationalen Tag der Arbeit. Sie müssen ihr Recht ausüben dürfen, unabhängige Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten, um so ihre Lebensbedingungen zu verbessern, die sie als zunehmend schlecht und an Armut grenzend beschreiben.

Wegen ihrer friedlichen Gewerkschaftsarbeit sind im Moment u.a. inhaftiert: **Esmail Abdi**, Mathematiklehrer und Mitglied des Gremiums der Leiter der Lehrgewerkschaft, er verbüßt eine sechsjährige Haftzeit, dann **Behnam Ebrahimzadeh**, Mitglied des Komitee zur Gründung von Gewerkschaften, der seit 7 Jahren inhaftiert ist und zu fast 13 Jahren Haft verurteilt wurde. Esmail Abdi teilte am 22. April mit, dass er am Tag vor dem 1. Mai einen Hungerstreik beginnen wolle „in Solidarität mit allen Lehrern und Arbeitern und im Protest gegen die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz, die Verurteilungen wegen des Scheingrundes der Verletzung der nationalen Sicherheit gegen Personen ausspricht, die mit Arbeitern und Lehrern Gewerkschaftsarbeit machten.“

Verhaftungen drohen mehreren anderen Gewerkschaftlern. Darunter drei Mitgliedern der Schulleitergewerkschaft, **Mahmoud Beheshti Langroodi**, **Mohammad Reza Niknejad** und **Mehdi Bohlooli**, dann einem Mitglied des Komitees zur Gründung von Gewerkschaften, Mahmoud Salehi, außerdem drei Mitgliedern der Teheraner Busgewerkschaft, **Davud Razavi**, **Ebrahim Madadi** und **Reza Shahabi** und zwei Mitgliedern der Freien Gewerkschaft des Iran, **Jafar Azimzadeh** und **Shapour Ehsanirad**.

Diese Männer wurden zu Haftstrafen verurteilt, die von fünf bis elf Jahren reichen und das nach grob unfairen Prozessen vor Revolutionsgerichten und wegen Anklagen, die nationale Sicherheit betreffend, wie „Versammlung und Verschwörung zur Begehung von Straftaten gegen die nationale Sicherheit“, „Verbreitung von Propaganda gegen das System“, „Störung der öffentlichen Ordnung“ und „Bildung einer Gruppierung mit dem Ziel, die nationale Sicherheit zu stören“. Die meisten sind nach Zahlung einer Kaution in Freiheit und sie warten auf den Ausgang ihrer Berufungen. Reza Shahabi hat aus medizinischen Gründen Hafturlaub seit Oktober 2014, nachdem er vier Jahre Haft hinter sich gebracht hatte. Kürzlich hatte er

AMNESTY INTERNATIONAL

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

erneut ein Verhör im Gefängnis. Diese Verurteilungen zeigen das Ausmaß der falschen Einschätzungen im Hinblick auf die „Beweise“ von Straftaten. Friedliche Gewerkschaftsarbeit wird zu „Handlungen gegen die nationale Sicherheit“ und „antirevolutionärer Propaganda“. Sie meinen damit die Organisation friedlicher Versammlungen, darunter fallen auch Versammlungen am Tag der Arbeit, Besuch internationaler Treffen, Vertretung der Arbeiterrechte in der Öffentlichkeit und Forderungen nach Anhebung des Mindestlohnes im Land.

Unterdrückung der Versammlungen zum Internationalen Arbeitertag

Der 1. Mai dieses Jahres wird mit den bekannten Mustern angegangen, nach denen die iranischen Behörden den Arbeitern das Recht auf friedliche Versammlungen bestreiten.

Die ‚Freie Union der Iranischen Arbeiter‘ berichtete, dass zahlreiche Gewerkschaftler vom Geheimdienst wegen ihrer Aktivitäten zum 1. Mai befragt wurden. Sie wurden verwarnt, keine Versammlungen zu organisieren. Es sind u.a. **Ali Nejati**, Mitglied des Komitees der Leiter der Gewerkschaft der Zuckerarbeiter in Dezful in Khusistan und **Sheys Amani**, einer der Leiter der ‚Freien Arbeiterunion‘ in Sanandaj in Kusistan.

2016 berichtete eine unabhängige Menschenrechtsorganisation, dass die Sicherheitskräfte Versammlungen am 1. Mai mit Gewalt verhindert hätten. Mindestens 12 Gewerkschaftler wurden inhaftiert und andere zu Verhören vorgeladen.

AI überprüfte Urteile der Gerichte, nach denen die Teilnahme an Versammlungen zum 1. Mai als „Beweis“ für „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ oder Taten gegen die national Sicherheit gewertet wird. Der Fall des Bauarbeiters **Osman Esmalee** zeigt, dass diese „Beweise“ in den meisten Fällen die Urteile begründen. Das Revolutionsgericht in Saqqez in Kudistan verurteilte ihn im Oktober 2015 zu einem Jahr Haft. Er wartet jetzt in Freiheit auf den Ausgang des Berufungsverfahrens.

Am Tag vor dem 1. Mai drängt Amnesty International die iranischen Behörden darauf, die Rechte der Arbeiter auf friedliche Versammlungen zu respektieren und alle Unterdrückungsmaßnahmen mit dem Ziel des Verbotes der Treffen zu beenden.

Hintergrund

Durch die Kriminalisierung friedlicher Gewerkschaftsarbeit und das Verbot unabhängiger Gewerkschaften verletzen die iranischen Behörden ihre Verpflichtungen gegenüber dem internationalen Recht. Der Iran hat die großen Pakte der UN unterzeichnet, die eine Verpflichtung für die iranischen Behörden bedeuten, die Rechte auf Meinungsäußerung, Versammlung und Vereinigung zu schützen und anzuerkennen und ebenso das Recht, einer Gewerkschaft seiner Wahl beizutreten oder eine Gewerkschaft zu gründen. Die UN-Erklärung für Menschenrechtsverteidiger hebt deutlich die Verpflichtung der Staaten hervor, das Recht auf Verteidigung der Menschenrechte zu schützen. Das schließt die Rechte der Gewerkschaften ein und schützt die Menschenrechtler vor Schikanen, Willkür und Verhaftung, Folter und anderer Misshandlung.

AMNESTY INTERNATIONAL

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Die iranischen Arbeitsvorschriften erlauben Vertretungen der Arbeiter nur durch den islamischen Arbeiterrat und die Handelsvereinigungen. Unter den bestehenden Bedingungen können beide Organisationen nicht in einem Betrieb vorhanden sein. Der islamische Rat erhält die größte Unterstützung durch die Regierung, er hat eine Art Monopolstellung. Das primäre Ziel des islamischen Arbeiterrates ist im iranischen Gesetz formuliert. Sie sollen vor allem das System der Islamischen Republik unterstützen. In den islamischen Arbeitsvorschriften ist festgelegt, dass die islamische Gesellschaft „die islamische Kultur propagieren und verbreiten soll, die Errungenschaften der islamischen Revolution müssen verteidigt werden.“ Die Kandidaten für eine Wahl in eine leitende Position des Arbeiterrates müssen sich einer Prüfung unterziehen lassen. Sie müssen ihren islamischen Glauben „beweisen“ und ihre Loyalität zum Islam und zu den Grundsätzen der Islamischen Republik mit der Herrschaft des Obersten Führers.

Die Handelsvereinigungen sind nicht unabhängig. Sie brauchen eine staatliche Genehmigung. Das Ministerium für Arbeit und Soziales überwacht die Wahlen der leitenden Gewerkschaftler. Sie müssen das Ministerium jeweils 15 Tage vor dem Termin einer Versammlung informieren. Beamte des Ministeriums sind berechtigt, in den Ablauf der Versammlungen einzugreifen und ggf. Maßnahmen zur Auflösung zu ergreifen.

Trotz der Unterdrückung des Rechtes auf freie Vereinigung und des Verbots unabhängiger Gewerkschaften haben mutige Arbeiter Vereinigungen und Organisationen gebildet, um gegen einbehaltenen Lohn, schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen, die hohe Inflationsrate u.a. zu protestieren.

Arbeiterrechte sind Menschenrechte. AI unterstützt die Gewerkschaftler im Iran bei der Verwirklichung ihres Rechtes auf Gründung unabhängiger Gewerkschaften, um auf den Tag hinzuarbeiten, an dem jedermann seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte genießen kann, einschließlich des Rechtes auf gerechte Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit und auf guten Standard für das Leben einer Person und seiner Familie, ausreichende Nahrung, Kleidung, Wohnraum, Bildung und ein gutes Gesundheitssystem.

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)